

Antrag für den
Rat
am 11.5.2012

Fraktion im Rat der Stadt Göttingen

Geschäftsführung: Jürgen Bartz

Tel: 0551-400-2785
Fax: 0551/400-2904
GrueneRatsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de

26.04.2012

Aktionsforum zu Kommunal финанzen

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. anknüpfend an den offiziellen Beteiligungsprozess der Stadt zum Entschuldungshilfepaket des Landes zeitnah zu einer moderierten Veranstaltung ins Göttinger Rathaus einzuladen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung sollen die folgenden Fragen stehen:
 - a) Welche Handlungsmöglichkeiten haben die von den BürgerInnen gewählten politischen VertreterInnen und die Stadtverwaltung selbst, auf eine angemessene Finanzierung der Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene sowie auf einen solidarischeren finanziellen Ausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hinzuwirken?
 - b) Welche Möglichkeiten haben die BürgerInnen und Göttingens kultur-, sozial-, bildungs-, umwelt- und sportpolitischen Initiativen, dieses Bemühen aktionsorientiert zu unterstützen?
2. die Ergebnisse dieser Versammlung systematisch zu sammeln, zu ordnen, moderiert zur Diskussion zu stellen.
3. bei der Umsetzung der Ergebnisse und Durchführung der Aktionen tatkräftig Unterstützung zu leisten.
4. Göttingens Landes- und BundespolitikerInnen sowie weitere relevante Akteure zu einer Nachfolgeveranstaltung einzuladen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, zu den in dem Aktionsforum erarbeiteten Vorschlägen öffentlich Stellung zu nehmen und – so weit möglich – ein gemeinsames Vorgehen im Sinne der Stadt und ihrer BürgerInnen zu vereinbaren.

Begründung:

Dieser Antrag dient dazu, die Kräfte in Göttingen zu bündeln und den politischen Druck auf die Landesregierung in Hannover und die Bundesregierung in Berlin zu erhöhen, um eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen und der Stadt Göttingen langfristig sicher zu stellen. Ziel dieses Antrags ist es, möglichst viele gesellschaftliche Akteure in Göttingen zusammen zu bringen, ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen und kreative und wirkungsvolle Aktionen zu organisieren, nach Möglichkeit in enger Kooperation mit anderen Kommunen. So könnte eines der Ergebnisse beispielsweise die Beteiligung Göttingens an einem Landes- oder bundesweiten Aktionstag sein, der sofern es ihn noch nicht gibt, von Göttingen aus maßgeblich mit organisiert werden könnte.

Anlass für diesen ungewöhnlichen Schritt ist der aktuelle Beteiligungsprozess zum Entschuldungshilfepaket des Landes. Die Diskussion hat gezeigt, dass – mit oder ohne Annahme der Entschuldungshilfe des Landes – keine langfristige Lösung für die Schuldenprobleme der Stadt Göttingen in Sicht ist. Die Schulden werden weiter unkontrollierbar steigen so lange die Regierungen des Bundes und der Länder die Rahmenbedingungen für die finanzielle Ausstattung der Kommunen nicht grundlegend verbessern. Alle politischen Forderungen, die in diese Richtung zielten, blieben bislang erfolglos. Beispielsweise hat der Rat der Stadt am 25.2.2011 einstimmig die Resolution „Finanzpolitische Rahmenbedingungen der Göttinger Kommunalpolitik“ beschlossen. In dieser Resolution forderte der Rat – in Übereinstimmung mit den zehn Thesen der „Denkschrift zu den Existenzfragen kommunaler Selbstverwaltung“ des Niedersächsischen Städtetages – eine bessere Finanzausstattung der Kommunen durch einen fairen Finanzausgleich. Keine einzige dieser Forderungen wurde bis heute von den Regierungen in Bund und Land in angemessener Weise umgesetzt. Während hier weitgehend Stillstand zu verzeichnen ist, erleben wir täglich wie Steuermittel in aberwitzigem Ausmaß z.B. zur Rettung angeschlagener Banken zur Verfügung gestellt werden. Mit nur einem Bruchteil dieses Geldes hätte die Unterfinanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge längst beendet werden können.

Auch aus diesem Grund ist den Menschen nicht zuzumuten, an ständig neuen Debatten und „Beteiligungsprozessen“ mitzuwirken, in denen sie darüber mitbestimmen sollen, ob als nächstes bei ihnen selber der Gürtel enger geschnallt werden soll, bei ihren NachbarInnen oder doch bei denen, die sich am allerwenigsten wehren können. Mindestens ebenso dringend benötigen wir auf kommunaler Ebene eine Debatte über die Landes- und Bundesgesetze und Gesetzgebungsverfahren, die das Engerschnallen des Gürtels erst erforderlich machen. Wir brauchen eine Debattenkultur, die nicht vom Zufall gelenkt wird und zusammen bricht, sobald ein paar Aktiven die Puste ausgeht. Was wir brauchen ist ein aktionsorientiertes Beteiligungsforum mit einem Mindestmaß an Unterstützung durch die Stadt, das von den wesentlichen Akteuren in Bund und Land, aber auch vom Rat der Stadt und ihrer Verwaltungsspitze ernst genommen wird!

Die Protokolle der beiden Informationsveranstaltungen zum EHP dokumentieren zahllose Redebeiträge, die in eine ähnliche Richtung zielten wie dieser Antrag. Dabei wurden bereits eine Reihe handlungsorientierter Vorschläge vorgetragen, die gesammelt, geordnet, ergänzt und vor allem in sinnvoller Weise umgesetzt werden sollten. Wir sind der festen Überzeugung, dass hinter diesen Vorschlägen ein großes gesellschaftliches Potenzial steht, das es zu mobilisieren gilt, um den politischen Druck auf Bund und Land zu erhöhen und die Selbstverwaltung Göttingens zu stärken.